

Pressemitteilung des „Bielefelder Appells“

Die Pflege wird zum Pflegefall - Appell für mehr Menschlichkeit

21 Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen sowie Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand veröffentlichten „Bielefelder Appell“

Pflege und Betreuung in Altenheimen und in der Betreuung behinderter und psychisch kranker Menschen in Gefahr

Mehr als 13.500 Beschäftigte in Bielefeld sind in den Arbeitsfeldern der Pflege und Betreuung von alten, behinderten und psychisch kranken Menschen beschäftigt. Die Betriebsräte und Mitarbeitendenvertretungen aus diesen Bielefelder Einrichtungen und Diensten wenden sich jetzt mit einem Appell an die Politiker in Bielefeld und im Land. Christian Janßen Vorsitzender der Mitarbeitendenvertretung in Bethel.regional sagte gestern, die Arbeit in Pflege, Betreuung und Begleitung werde immer schwerer, die Personalschlüssel dagegen immer schlechter. „Stationen und Wohngruppen sind immer häufiger unterbesetzt. Die Mitarbeitenden klagen zunehmend unter Arbeitsdruck und werden öfter krank.“ So seien Krankenpflegehelfer und -helferinnen, die häufig zu abgesenkten Löhnen arbeiteten, inzwischen 50 % länger krankgeschrieben, als der Bundesdurchschnitt der Arbeitnehmer. Psychische Erkrankungen haben im Jahresverlauf um 27 % zugenommen bestätigte im Juni auch die DAK Bielefeld. Georg Neumann Vorsitzender der Gesamtmitarbeitendenvertretung im Dienststellenverbund Johanneswerk betonte, dass die Personaldecke oft so dünn sei, dass die Kolleginnen bei einer Erkrankung einer Kollegin unvermutet für zwei Stationen und 43 Bewohner zuständig seien. „In der Altenhilfe wird schon seit Jahren unter schwierigsten Umständen gearbeitet, Kolleginnen müssen häufig aus dem Frei einspringen“, betont Michael Mamat, Stellvertreter im der MAV im DiakonieVerband Brackwede. Diese Entwicklung habe vor 20 Jahren begonnen - so die Betriebsräte - und inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass die gewählten Interessenvertretungen immer häufiger mit den Auswirkungen psychischer Belastungen in ihrer Arbeit konfrontiert werden. Die Entwicklung habe auch gesellschaftspolitische Gründe, so die Betriebsräte. Dies betrifft besonders die Frage, wie viel es unserer Gesellschaft wert sei, dass alte, kranke und behinderte Menschen menschenwürdig gepflegt, betreut und begleitet werden (können). „Die Beschäftigten in der Pflege brauchen Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, eine tarifliche Bezahlung und geregelte Arbeitsbedingungen und bestimmt nicht den Druck durch chronische Unterbesetzung, Lohndumping und prekäre Arbeitssituationen“ sagte Annelie Buntenbach, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands.

Bielefeld besitzt mit Bethel, Johanneswerk, Ummeln, den Einrichtungen von AWO, DRK, DiakonieVerband Brackwede und der Gesellschaft für Sozialarbeit eine für Großstädte bundesweit einmalige Vielfalt und Dichte von Einrichtungen und Diensten in Pflege und Betreuung. Deshalb wenden sich einundzwanzig Interessenvertretungen, die insgesamt über 13.500 Beschäftigte vertreten, gerade aus Bielefeld an die Politiker. „Wir verstehen uns in erster Linie nicht als lokale Interessenvertretungen, die sich zu Wort melden, sondern als ein Beispiel für die in der Zukunft gefährliche Entwicklung in der Bundesrepublik“, so Christian Janßen.

Die Interessenvertretungen bitten um eine Unterstützung ihres Appells durch Interessenvertretungen, Geschäftsführungen von Organisationen, Einrichtungen, Verbänden oder Vereinen durch Rückmeldung an die Initiatoren.